

## Kabinettsitzung der Bundesregierung (Bonn, 25. Oktober 1949)

**Legende:** Während der Debatte im Bundestag spricht sich der deutsche Bundeskanzler, Konrad Adenauer, für eine Teilnahme Deutschlands am Ruhrstatut und die Ernennung eines deutschen Delegierten aus.

**Quelle:** Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Hrsg. BOOMS, Hans. 1949, n° 1. Boppard/Rhein: Harald Boldt Verlag. ISSN 3-7646-1820-5.

**Urheberrecht:** Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/kabinettsitzung\\_der\\_bundesregierung\\_bonn\\_25\\_oktober\\_1949-de-e56d9f06-87ad-449d-8a24-09a164378565.html](http://www.cvce.eu/obj/kabinettsitzung_der_bundesregierung_bonn_25_oktober_1949-de-e56d9f06-87ad-449d-8a24-09a164378565.html)

**Publication date:** 31/10/2012

## Kabinettsitzung der Bundesregierung (Bonn, 25. Oktober 1949)

[...]

### 3. Beratung über die Anerkennung des Ruhrstatuts und die Ernennung eines deutschen Delegierten und seines Stellvertreters gemäss Art.31 und 4(a) des Ruhrstatuts

Der Bundeskanzler: Eine Teilnahme der Bundesrepublik am Ruhrstatut werde im Ausland als eine positive Handlung gewertet werden. Eine Verweigerung der Teilnahme als Obstruktion. Es sei daher von großer allgemein-politischer Bedeutung, dem Ruhrstatut beizutreten, um die außenpolitische Atmosphäre zu bereinigen. Man werde amerikanische Anleihen für das Ruhrgebiet erst erhalten, wenn die Bundesregierung dem Ruhrstatut beitrete. Diese Anleihen seien jedoch dringend erforderlich.

Der Bundesinnenminister: Eine deutsche Beteiligung an der Ruhrbehörde sei psychologisch noch nicht genügend vorbereitet. Es seien unerfreuliche innenpolitische Rückwirkungen zu befürchten. Vor allen Dingen bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im kommenden Frühjahr.

Der Bundeswirtschaftsminister: Die Ruhrbehörde betrachte sich als eine von der Hohen Kommission unabhängige Institution. Sie sei offensichtlich gegen die englisch beherrschten Kontrollorgane der Kohle und Stahlindustrie eingestellt. Ein Übergang der Kontrolle der Ruhrwirtschaft auf die Ruhrbehörde werde sich für uns vorteilhaft auswirken, weil der rein englische Einfluß dadurch zurückgedrängt werde. Eine deutsche Teilnahme sei daher empfehlenswert.

Das Kabinett ist der einmütigen Auffassung, daß die Anerkennung des Ruhrstatuts und die Ernennung eines deutschen Delegierten und seines Stellvertreters Angelegenheiten sind, für die die Bundesregierung allein zuständig ist.

Der Bundesminister für Angelegenheiten des Marshall-Plans: Die Teilnahme an der Ruhrbehörde sei eine Möglichkeit, die deutsche Verantwortlichkeit zu erweitern und die bisherige Alliierte Vertretung durch eine eigene deutsche zu ersetzen. Diese Möglichkeit müsse ausgenutzt werden. Die innenpolitische Auseinandersetzung müsse man durchstehen.

Der Bundeskanzler erklärt es für notwendig, in dieser Angelegenheit Fühlung mit der Opposition zu halten.

Der Bundesverkehrsminister: Während eine deutsche Teilnahme bei der Hohen Kommission und bei der Sicherheitsbehörde nicht möglich sei, sei bei der dritten, für die deutschen Verhältnisse wichtigen Institution, der Ruhrbehörde, eine deutsche Einflußnahme möglich. Der darin liegende Vorteil müsse ausgenutzt werden. Wirtschaftlich wäre es falsch, eine Teilnahme zu verweigern. Er schlage vor, die Frage zunächst mit Dr. Schumacher zu besprechen und dann in dem zuständigen Ausschuß des Bundestages vertraulich zu behandeln.

Der Bundesarbeitsminister: Den innerpolitischen Schwierigkeiten könne man dadurch entgehen, daß man einen Vertrauensmann der Gewerkschaften zum Stellvertreter des deutschen Delegierten bei der Ruhrbehörde ernenne. Dr. Böckler nehme zur ganzen Frage eine andere Stellung als die Leitung der SPD ein.

Das Kabinett ist sich grundsätzlich darüber einig, daß die Bundesregierung das Ruhrstatut anerkennen und deutsche Delegierte in die Ruhrbehörde entsenden soll. Der Bundeskanzler wird zunächst am Donnerstag, dem 27.10. mit Dr. Böckler und dann mit Dr. Schumacher sprechen.

[...]